Christian Kern – und wie er die Welt sieht

Dass die ganze Wahlkampagne zu einer Via Dolorosa der Sozialdemokratie geworden ist, kann keine Rechtfertigung sein, die Fakten „al gusto" zu verbiegen.

Heidi Glück

Foto: Reuters / Leonhard Föger

Bundeskanzler Christian Kern und sein umstrittener Slogan „Holt euch, was euch zusteht": 75 Prozent der Österreicher fühlen sich laut einer STANDARD-Umfrage gerecht behandelt.

Christian Kern liebt es, sich seine Welt auszudenken und das entstandene Bild dann mit einer Emphase zu propagieren, die keinen Widerspruch duldet. Seine Urteile sind so apodiktisch, dass zwischen sie und die reine Wahrheit kein Blatt Papier zu passen scheint. Das gilt natürlich auch für die Zahlen, mit denen er operiert und die so plausibel und unangreifbar sind wie Ziffern am Display seines Taschenrechners, die er seinem Debatten-Gegenüber runterzählt wie der Rechenlehrer dem dummen Schüler. Ob es sein „No Problem"-Sedativum bei der Pensionsentwicklung ist oder seine Unterscheidung der Österreicher in 95 Prozent, „die was leisten", und fünf Prozent Luxusmillionäre. Ob es sein Lamento über mangelnde Gerechtigkeit (nach 40 Jahren roten Kanzlern in 47 Jahren) ist oder sein Befund, Schwarz-Blau habe damals einen „Scherbenhaufen" hin-

Arbeitslosigkeit seit 2008 um 50 Prozent gestiegen. Unter Schwarz-Blau war die Verweildauer in der Arbeitslosigkeit noch um 30 Prozent gesunken. Heute sind wir EU-Neunter bei den Beschäftigungssuchenden. Im Global Competitiveness Index des Weltwirtschaftsforums Davos war Österreich 2007 14., 2014 23. Bei IDM rasselte Österreich von elf auf 24. Ende 1999 war es Platz 18. Im World Talent Report

liarden Schuldenabbau defizitärer Staatsfirmen, KÖSt-Senkung von 34 auf 25 Prozent, neues Kindergeld und eine gute Pensionsreform. War also doch nicht alles schlecht damals, Herr Kern?

Der Schlüsselsatz der Kern'schen Gerechtigkeitsdebatte lautet: „Holt euch, was euch zusteht." Wie aber kann man diese Gerechtigkeit definieren? In einer Umfrage für den STANDARD sagen 75 Prozent, sie persönlich fühlen sich gerecht behandelt in diesem

um 60 Prozent. Die Mittelschicht trägt weniger zum Sozialtopf bei als die oberen Einkommensklassen. Es gibt Konsens, dass in Solidargemeinschaft jene mehr leisten, die mehr haben, aber das passiert ja. Das obere Einkommensdrittel der Haushalte zahlt 60 Prozent der Steuern – zehn Prozent der Bestverdiener kommen für 59 Prozent der Steuerleistung auf. Muss man denen, die abliefern, auch noch hinrotzen, dass ihnen ihr sauer verdientes Geld ohnehin nicht „zusteht"? Wir reden von 50 Milliarden Umverteilung pro Jahr.

Es gibt noch so manches, was Wahlkämpfer Kern sich schönrechnet. Wirtschaftswachstum und neue Arbeitsplätze, die nach Auskunft aller relevanten Ökonomen der deutschen, europäischen und globalen Konjunktur geschuldet sind, vielleicht ein bisserl der Steuerreform, aber längst weiß man ja, dass man Jobs nicht kaufen kann, sondern dass liberale, Unternehmen nicht behindernde Rahmenbedingungen und ein Klima, das Investitionen stimuliert, gut für die Wirtschaft sind. Und kein Konzerne-Bashing. Aber im Wahlkampf greift der Exmanager gern in die postmarxistische Mottenkiste und vergisst, dass er gestern noch Böhringer Ingelheim für seine Wien-Investition gelobt hat.

Dass man Silberstein bloß für Umfrageanalysen eine halbe Million zahlt, hält auch keinem Reality-Check stand. Aber wer sich in die Sümpfe des Silverstone Valley begibt, wird halt schmutzig.

HEIDI GLÜCK führt eine Kommunikationsagentur und war Sprecherin von Kanzler Wolfgang Schüssel (ÖVP).

GÜNTER TRAXLER

Vorwärts zurück

Jahren roten Kanzlern in 47 Jahren) ist oder sein Befund, Schwarz-Blau habe damals einen „Scherbenhaufen" hinterlassen: Mit der Realität hat all das nichts zu tun.

Klar – der Wahlkampf ist schlecht gelaufen, zuerst hat man kein Glück gehabt (mit Silberstein) und dann kam auch noch Pech dazu (durch die Kür von Kurz zum potenten Kontrahenten), aber dass diese ganze Kampagne zur Via Dolorosa der Sozialdemokratie entgleist ist, kann keine Rechtfertigung sein, Fakten „al gusto" zu verbiegen.

Reden wir kurz über die ÖVP-FPÖ-Regierung 2000 bis 2007, für Kern ein Desaster. Was war da wirklich los? Arbeitslosigkeit: Mehrere Jahre EU-Musterschüler in den top drei, einige Zeit sogar auf Platz eins. Jobsuchende vier bis fünf Prozent, laut AMS ist die

Heidi Glück: Schwarz-blaue Zahlen sprechen für sich.
Foto: APA

Österreich 2007 14., 2014 23. Bei IDM rasselte Österreich von elf auf 24. Ende 1999 war es Platz 18. Im World Talent Report von IMD – misst die Qualität von Rahmenbedingungen für Spitzenkräfte – war Österreich 2006 Erster, 2015 19. Die Forschungsquote nahm bei Schüssel-Riess-Passer um 30 Prozent zu, die Pensionshöhe um 21, die Exporte um 70, die Geldvermögen um 49 Prozent. Nur die Staatsschulden sanken um sechs auf 60,2 Prozent – heute sind wir über 80 Prozent.

„Der Standort Österreich verliert seit 2007 an Wettbewerbsfähigkeit", sagt WU-Ökonomin Eva Pichler. Und Bernhard Felderer konstatierte, der rasante Schuldenanstieg ging nur sehr bedingt von der Lehman-Krise aus. Dazu sieben Milliarden Einsparung Verwaltungsreform, sieben Mil-

steht." Wie aber kann man diese Gerechtigkeit definieren? In einer Umfrage für den STANDARD sagen 75 Prozent, sie persönlich fühlen sich gerecht behandelt in diesem Land. Das könnte auch damit zusammenhängen, dass die Umverteilung hierzulande sehr gut funktioniert. Zwei Millionen Nettozahler finanzieren die Sozialtransfers für sechs Millionen Nettoempfänger; ohne Umverteilung hätten wir nicht zwölf Prozent Armutsgefährdete, sondern 42. Österreich ist Umverteilungseuropameister, und es könnte sein, dass wir hier sogar übertreiben. Aber „steht einem zu", was Besserverdiener durch hohe Steuerlast finanzieren? 2,5 Millionen zahlen gar keine Steuern, die anderen ächzen unter der Progression, die ihre Einkünfte halbiert. Das ärmste Drittel der Haushalte bezieht 60 Prozent aller Geldtransfers, sagt das Wifo. Bei diesen Haushalten steigen Einkünfte durch Transfers

Kurz, Strache und der gefährliche Orbán-Hype

Eine Warnung vor der schleichenden Entwicklung zum Autoritarismus

Evelyn Regner
Josef Weidenholzer

Mit Sebastian Kurz und Heinz-Christian Strache treten am Sonntag gleich zwei Kandidaten bei der Nationalratswahl an, die aus ihrer Bewunderung für den autoritären ungarischen Regierungschef kein Hehl machen. Warum das brandgefährlich ist, zeigt auch ein Blick in das EU-Parlament.

Viktor Orbán hat den Bogen längst überspannt. Das Urteil des EuGH zur Flüchtlingsverteilung, das er ignoriert, sein politischer Angriff auf die renommierte Central European University oder die sukzessive Einschränkung der Zivilgesellschaft und Medienfreiheit zeigen, wie schnell es gehen kann, dass europäische Grund-

die gegen Korruption vorgehen wird, beteiligt sich Ungarn nicht.

Wenn der ungarische Premierminister im Plenum des EU-Parlaments spricht, bekommt man schnell einen Eindruck, wie wenig Respekt er für demokratische Institutionen und die europäische Debatte hat. Er missbraucht den Plenarsaal als Theaterbühne und inszeniert sich als ewig Missverstandener. Doch die europäischen Institutionen lassen sich das nicht gefallen: Ein Vertragsverletzungsverfahren der EU-Kommission gegen Ungarn läuft bereits. Das EU-Parlament hat den zuständigen Innenausschuss mit der Akti-

vierung des Artikel-7-Verfahrens befasst. Auch die Europäische Volkspartei, in der Fidesz Bestandteil ist, gerät zunehmend unter Druck.

Die Verwandlung von Viktor Orbán zum autoritären Hardliner begann schleichend. Seine gefährliche Vision ist ein Europa, das auf Minimalfunktionen reduziert wird. Das geht vor allem auf Kosten der Demokratie, der Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerrechte und des gemeinsamen Europas, das wir angesichts der großen Herausforderungen dringend brauchen. Mitten in Europa will der ungarische Ministerpräsident Orbán sein autoritäres System installieren. Bei allen politischen Differenzen darf es dafür keinen Applaus aus Österreich geben. Die

GÜNTER TRAXLER

Vorwärts zurück

Noch immer sind nicht alle Gerichtsprozesse abgeschlossen, in denen Protagonisten der ersten schwarz-blauen Systemzeit von 2000 bis 2006 vorgeladen sind und die damit für jeden, der sich erinnern will, auch das System selber ins Gedächtnis zurückrufen. Und schon zeichnet sich, sollten die Umfragen nicht völlig falsch sein, ein Rückfall in dieses System ab. Es wäre ein Fall österreichischer Erinnerungskultur, die die Freiheit einschließt, aus Erfahrung nicht klüger werden zu müssen. Eine Änderung des Personals reicht offenbar aus, um bei vielen die Illusion zu nähren, an den wirtschafts- und sozialpolitischen Prinzipien von damals habe sich viel geändert. Neu hinzugekommen ist nur das Spiel mit der Angst vor allem, was an Fremdem über die Grenzen hereinströmen könnte, die man nur kräftig schüren muss, um daraus billig Kapital zu schlagen.

Sogar die gute alte Tradition des Antisemitismus, damals in Verschwörungsverdacht gegen die amerikanische Ostküste gekleidet, durfte wieder Urständ feiern. Besser konnte es sich ja gar nicht treffen, dass der Schöpfer der Schmuddelkampagne unter den Fittichen der SPÖ den klingenden Namen Silberstein trägt, was zu einer wahren Flut von Silberstein-Beschwörungen vor allem, aber nicht nur in den Boulevardmedien führte, unterfüt-

kritischer Berichterstattung aber nicht mehr viel zu tun hatte. Hätte Sebastian Kurz in der Konfrontation mit Bundeskanzler Kern seinen Satz, wir brauchen keine Silbersteins in Österreich, auch so gesagt, wenn der Mann Müller oder Hofer hieße? In dieser Form hätte die Aussage ihre Reizwirkung wohl nicht ganz entfaltet.

Aber vielleicht wird Kurz von allen, die mit dem Nächstliegenden, einer Neuauflage von Schwarz-Blau, rechnen, einfach unterschätzt, und er hat einen Schachzug in petto, dessen Genialität alle Anhimmelungen seiner Fans rechtfertigen könnte. Irgendetwas wird er sich gedacht haben, als er die Koalition aufkündigte, seine Partei in Duldungsstarre versetzte und den Führungsanspruch auf das ganze Land erweiterte. Der exakt ausgeklügelte Wahlkampf schließt einen Masterplan nicht aus, der über das Nächstliegende hinausgeht. Die Zeit der schönen Phrasen ist mit Sonntag vorbei, von da an muss er liefern, soll der Lack nicht rasch abblättern.

Das selbstverständliche Ziel, Partner für eine stabile Mehrheit zu finden, wird höchstwahrscheinlich nur entweder mit den Freiheitlichen oder mit den Sozialdemokraten zu erreichen sein. Der Gedanke einer schwarzen Minderheitsregierung wäre bei deutlich weniger als vierzig Prozent frivol. Für die Freiheitlichen spricht ideologische Nähe, vor allem in der hochgespielten Flüchtlingsfrage. Mit Ruhm würde er sich damit bei Orbán bedecken. Den Sozialdemokraten hat er den Sessel vor die